

Rede

Kiel, 01.07.2011

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 74
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: landtag@ssw.de

Mehr Zeit für Pflege und Förderung der beruflichen Weiterbildung im Bereich der Altenpflege finanziell sichern

Ich denke, wir alle sind uns mittlerweile der großen Herausforderung in der Zukunft der Pflege bewusst. Die Prognosen zur Entwicklung des Pflegebedarfs und zur Entwicklung der Anzahl Erwerbsfähiger in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sind hinlänglich bekannt: Immer weniger Menschen im arbeitsfähigen Alter müssen in Zukunft eine immer größere Anzahl von Pflegebedürftigen versorgen. Für den SSW ist deshalb eines völlig eindeutig: Wenn es uns nicht bald gelingt, das Tempo bei der Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze und bei der Schaffung attraktiverer Arbeitsbedingungen deutlich zu erhöhen, steuern wir hier auf eine Katastrophe zu. Es passiert ganz einfach viel zu wenig, um dem schon heute steigenden Bedarf gerecht zu werden. Die Anträge der SPD, die die beruflichen Weiterbildungen finanziell sichern und den bürokratischen Aufwand innerhalb des Pflegeberufs verringern wollen, können wir deshalb voll und ganz unterstützen.

Wir sind ganz klar der Auffassung, dass alles getan werden muss, um den drohenden Pflegenotstand zu verhindern. Schon heute kommt aber in der Altenpflege nur ein potentieller ausgebildeter Bewerber auf drei offene Stellen. Eine aktuelle Studie kommt zu dem Ergebnis, dass wir in Deutschland



bereits am Ende des Jahres insgesamt rund 970.000 Pflegekräfte benötigen. Leider werden viele dieser Stellen unbesetzt bleiben. Aus diesem Grund muss die Politik alle Möglichkeiten nutzen, um jungen wie alten Menschen Anreize dafür zu geben, als Pflegefachkraft zu arbeiten.

Eine sehr sinnvolle Maßnahme hat die SPD in Ihrem Antrag zur finanziellen Förderung der beruflichen Weiterbildung im Altenpflegebereich erneut aufgegriffen. Selbstverständlich müssen Umschulungen in diesem Berufsfeld nach dem SGB III über den gesamten Ausbildungszeitraum finanziell gesichert sein. Denn wenn der Träger oder der Auszubildende für das letzte Drittel der Umschulung selbst aufkommen muss, steigert das ganz sicher nicht die Attraktivität. Wir halten es für das Mindeste, dass die entsprechende Entschließung des Bundesrats schnell durch die Bundesregierung umgesetzt wird. Darauf wollte die Landesregierung im Übrigen schon im vergangenen September hinwirken, als SSW, SPD und Grüne einen gemeinsamen Antrag in dieser Sache einbringen wollten. Es ist beschämend, dass wir hier bis heute keinen nennenswerten Schritt weiter gekommen sind.

Doch wir dürfen uns nichts vormachen: Allein die finanzielle Absicherung von Umschulungen in Pflegeberufen wird nicht reichen, um das Problem zu lösen. Wir müssen endlich dafür sorgen, dass sich vor allem die Arbeitsbedingungen in diesem Berufsfeld verbessern. Damit erzähle ich ganz sicher nichts Neues. Wer regelmäßig in einer Pflegeeinrichtung ein- und ausgeht wird feststellen, dass die Fluktuation beim Personal enorm hoch ist. Wir müssen uns aber bewusst machen, dass die Verbesserung der Arbeitsbedingungen - und die damit verbundene längere Verweildauer in diesen Berufen - erheblich zur Entschärfung des Fachkräftemangels beiträgt. Hierzu zählt selbstverständlich auch die Reduzierung des bürokratischen Aufwands. Ein Großteil der Pflegenden wählt den Beruf deshalb, weil sie mit Menschen arbeiten und ihnen helfen wollen. Heute verbringen Pflegefachkräfte leider oft mehr als ein Drittel ihrer Arbeitszeit damit, die einzelnen Arbeitsschritte zu dokumentieren. Ohne dieses System grundsätzlich anzweifeln zu wollen, muss doch die Frage erlaubt sein, ob ein solcher dokumentarischer Aufwand wirklich nötig ist. Denn gerade der Umstand, nicht in dem Umfang für die Pflegebedürftigen da sein zu können, wie es der eigene Anspruch ist, lässt viele Pflegefachkräfte verzweifeln. Eine Verringerung des dokumentarischen Aufwands bedeutet letztlich mehr Zeit für die pflegebedürftigen Menschen und führt zur größeren Zufriedenheit bei allen Beteiligten. Diesem Ziel sollten wir uns alle verpflichtet fühlen.

